



Antrag

Bearbeitung: Susanne Schaefer (E-Mail: schaefer@cdu-fraktion-luebeck.de Telefon: 122-1061)

CDU - ÄA zu: Interfraktioneller Antrag: Dringlichkeitsantrag - Erhalt des Marienkrankenhauses

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
26.01.2023	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

1. Die Lübecker Bürgerschaft fordert den Bürgermeister auf, in Verhandlungen mit dem UKSH und der Ansgar-Gruppe zur Rettung des Marien-Krankenhauses in der Innenstadt darauf hinzuwirken:

- a. Dass vom UKSH und der Ansgar-Gruppe den Belegärzten eine angemessene Frist eingeräumt wird, um ein alternatives Betreiberkonzept für das Marien-Krankenhaus zu entwickeln.
- b. Dass die Geburtsstation des Marienkrankenhauses – falls keine Lösung in der Innenstadt gefunden wird – erst auf den Campus des UKSH verlegt wird, wenn dort die räumlichen Voraussetzungen hierfür geschaffen wurden.

2. Ferner wird der Bürgermeister aufgefordert, mit Vertretern der Fraktionen gemeinsam zu erarbeiten, welche Hilfen und Einflussmöglichkeiten die Hansestadt Lübeck hierbei leisten kann.

3. Der Bürgermeister hat fortlaufend im Hauptausschuss über den Stand der Entwicklungen zu berichten.

Begründung:

Ca. 1400, in der Regel komplikationslose Geburten, finden jährlich im Marien-Krankenhaus statt. Aufgrund einer guten Versorgung vor Ort und einer sehr familiären Betreuung hat sich das Krankenhaus zu einer sehr beliebten Geburtsklinik entwickelt.

Mit rund 4500 durchgeführten Operationen durch weitere Belegärzte ist das Marien-Krankenhaus ein wichtiger, qualitativ hochwertiger und beliebter Gesundheitsversorger in Lübeck.

Ziel soll es sein, diese gute Versorgung in Lübeck weiter zu gewährleisten. Es ist unter allen Umständen zu vermeiden, dass durch kurzfristige Entscheidungen der zukünftigen Gesellschaftlicher Strukturen zerschlagen werden, die in der Zukunft in der ambulanten/belegärztlichen Versorgung nicht wieder hergestellt werden können.
Es ist zu prüfen, wie dies auch im bisherigen Umfang in der Innenstadt umgesetzt werden kann und welche Unterstützung die Hansestadt Lübeck leisten kann, um eine Zentralisierung im UKSH möglichst zu vermeiden.

Anlagen :

Vorsitzende/r
der CDU-Fraktion